

Luxemburger an der Waffe (I)

Paramilitärische Auswüchse wie wir sie sonst nur aus Kolumbien oder dem Kosovo kennen, könnte es bald auch in unserem Nachbarland Frankreich geben. Zumindest wenn man das Waffenarsenal zum Maßstab nimmt, das der französische Zoll am Dienstag in einer groß angelegten Durchsuchungsaktion in mehreren Departements beschlagnahmt hat. Wie das LW berichtet, fanden die Beamten 390 Feuerwaffen und 28 Kilo Sprengstoff. Hauptlieferant: ein Luxemburger Waffenhändler. Unter der Beute waren Waffen aus Kriegsgebieten, deren Besitz sowohl in Luxemburg als auch in Frankreich verboten ist. Zu den Käufern wollten die Behörden keine Angaben machen. Nur eins: Sie seien aus "allen Schichten und Altersklassen"; die Käufer selbst würden sich als "Sammler" bezeichnen.

Es war nicht das erste Mal, dass dem französischen Zoll Waffendealer ins Netz gingen. Seit sie im November 2002 einen Lastwagen gekascht hatten, der randvoll mit Munition beladen war, konnten die Fahnder 100.000 Stück Munition, 66 Kilo Zünder, 110 Kilo Schießpulver und sechs Handgranaten sicherstellen. Auch wenn nicht nachgewiesen ist, dass der Waffenhandel allein über Luxemburg läuft, neben Finanzplatz und Kabarets scheint sich das Großherzogtum zu einem weiteren Dienstleistungszentrum zu entwickeln: zum Zentrum der "Sammler".

Cattenom schafft Karzinom

Sie haben es ja schon immer gesagt, Déi Greng, Greenpeace und alle anderen AtomkraftgegnerInnen in Luxemburg: Cattenom ist und bleibt gefährlich. Das hat ihnen nun auch eine unabhängige Enquete-Kommission bescheinigt, die prüfen sollte, ob die Forderung der Betreibergesellschaft Electricité de France (EDF) gerechtfertigt ist. Für ihren Atommeiler vor den Toren Luxemburgs hatte die EDF beantragt, mehr radioaktives Tritium in die Luft zu blasen. Hintergrund: Die EDF hat eine neue Brennstofftechnik, die es ihr ermöglichen soll, Brennelemente länger im Reaktor zu behalten. Diese neue Technik birgt weitere Sicherheitsgefahren; bis heute hat die französische Reaktoraufsichtsbehörde diese Art der Brennstoffführung nicht offiziell zugelassen. Eine Abfuhr erteilte die Kommission dem Antrag der Betreiber, mehr Hydrazin und Ammoniak abstoßen zu dürfen. Sie findet, der Ausstoß dieser chemischen Substanzen könnte durch eine bessere Technik vermieden werden. Déi Greng und Greenpeace bemängeln seit langem, dass einige Brennstäbe im Atomkraftwerk brüchig sind, aus denen in den letzten beiden Jahren erhöhte radioaktive Strahlen in die Umwelt gelangten. Andere Sicherheitsstandards würden die Betreiber ebenfalls nicht einhalten. Vom Abschlussbericht der Enquetekommission fühlen die AtomkraftgegnerInnen sich nun in ihrem "Nein zur Atomkraft" gestärkt. Claude Turmes, grüner Europaabgeordneter: "Jetzt muss die Luxemburger Regierung in den Ring."

CSV und DP mögen sich weiterhin

Keine herzliche Umarmung wie sonst üblich, sondern eine handfeste Kampfabstimmung lieferten sich am Mittwoch die Koalitionsfreunde CSV und DP. Und zwar gegeneinander. Der Grund: Der DP-Abgeordnete Xavier Bettel lehnte in der parlamentarischen Kommission einen CSV-Vorschlag zum Partenariatsentwurf ab. Nach langem Verhandlungsgezerre hatte sich zwar auch die CSV darauf eingelassen, die Lebenspartnerschaft sowohl hetero- als auch homosexueller Paare vom Bürgermeister höchstpersönlich absegnen zu lassen. Doch mit einer Lücke. Wenn der Bürgermeister nicht kann, solle doch ein Standesbeamter für diese ehrenwerte Aufgabe herhalten. Bettel hingegen befürchtet, dass diese feierliche Prozedur zu einem rein behördlichen Akt im Einwohnermeldeamt herabgestuft werde. Bettel schlug deshalb den Schöffen als Ersatz vor. Ein aufgebrachter Laurent Mosar (CSV) lies daraufhin abstimmen - und oh Wunder: Mit Déi Gréng und LSAP stimmten die Delfine gegen die CSV. Nur leider währen Wunder nicht ewig. Mosar erkannte das Votum kurzerhand nicht an. Ein paar hektische väterliche Ratschläge später und schwupp: Die DP war wieder auf Linie.

Christian Pfeiffer (58) ist Professor am Kriminologischen Forschungsinstitut in Hannover. Bis vor einem Jahr war er niedersächsischer Justizminister.

(Foto: Archiv)



JUGENDKRIMINALITÄT

"Geschlossene Abteilung ist nur eine Notlösung"

woxx: Neben dem "Centre Socio-Educatif de l'Etat" von Dreiborn soll eine geschlossene Abteilung für schwer erziehbare oder straffällige Kinder und Jugendliche gebaut werden. In Deutschland läuft diese Debatte schon länger. Was halten Sie von geschlossener Heimunterbringung?

Christian Pfeiffer: Wenn es darum geht, an einen Jugendlichen heranzukommen, der sich sonst ständig dem Gespräch entzieht - in solchen Fällen halte ich für eine begrenzte Zeit eine geschlossene Unterbringung für richtig.

Warum?

Um sie "ruhigzustellen", zeitweise aus dem Verkehr zu ziehen, mit ihnen ein intensives Gespräch darüber zu beginnen, wo es weiter lang gehen soll. Dabei handelt es sich jedoch um eine Sondergruppe von gefährdeten Jugendlichen, die a) nicht psychisch krank sind und b) nicht fürs Gefängnis in Betracht kommen, weil ihre Straftaten nicht schwer genug sind. Für solche Jugendliche ist manchmal eine Krisenintervention nötig in der Form, dass man sie fluchtsicher unterbringt.

Sie sagen "zeitweise".

Ich halte nichts davon, Jugendliche über längere Zeit hinweg einzusperren. Aus folgendem Grund: Am Ende jeder geschlossenen Unterbringung gibt es eine Übergangszeit in die offene Abteilung. Unsere Erfahrung in Deutschland zeigt: Wenn der Aufenthalt in der geschlossenen Abteilung sehr lang war, ist diese Übergangszeit mit hohen Risiken verknüpft. Die Jugendlichen haben einen enormen Freiheitsdrang angestaut. Zu den Mitarbeitern der offenen Abteilung und den anderen Jugendlichen, die dort untergebracht sind, haben sie keine persönliche Beziehung. In solchen Augenblicken nutzen viele die Gelegenheit zur Flucht und

begehen damit erneut Straftaten. Also: Skepsis, was längerfristige Unterbringung und Zustimmung, was Krisenintervention angeht.

Was bewirkt aus pädagogischer Sicht das Konzept des "Einsperrens" bei einem straffälligen Jugendlichen?

Er kommt mit anderen ebenfalls hoch gefährdeten Jugendlichen in intensiven Kontakt. Das ist der große Nachteil. Er hat keine normalen Jugendlichen um sich herum, die aus einigermaßen ordentlichen Familien kommen. Er kann sich nicht frei bewegen, ihm ist es also nicht möglich, sich in realen Lebenssituationen zu bewähren, Freunde zu finden und sich dabei persönlich weiterzuentwickeln. Diese künstliche Situation der geschlossenen Unterbringung widerspricht dem Lebensgefühl der Jugendlichen und ihrer Entwicklung. Die geschlossene Unterbringung würde ich daher auf strafrechtliche Sonderfälle begrenzen, daraus aber kein pädagogisches Erziehungskonzept machen.

Als Erziehungsmaßnahme bringt die geschlossene Unterbringung also gar nichts.

Geschlossene Erziehung ist keine Erziehung, sondern nur eine Notlösung. Auf keinen Fall sollte man das als etwas verkaufen, was dem Jugendlichen sinnvolle Lebensstrategien und Wissen vermittelt, um später an eine Lehrstelle zu kommen.

Sie haben geschlossene Einrichtungen in unterschiedlichen Ländern untersucht. Haben Sie konkret nachweisen können, dass Jugendliche, die für längere Zeit eingesperrt wurden, dauerhafte Entwicklungsstörungen erlitten haben?

In geschlossenen Einrichtungen gibt es immer das Problem der Subkultur. Dass dort mit Drogen gedealt wird, viel Gewalt läuft, die Schwächeren von den Starken unterdrückt werden - all das ist in einer geschlossenen Einrichtung deswegen wahrscheinlich, weil sich der betroffene Jugendliche dem nicht entziehen kann. In einer offenen Einrichtung hat er mehr Möglichkeiten, auch andere Kontakte zu knüpfen. Die Zusammensetzung der anderen, die mit ihm untergebracht sind, ist meist auch nicht so problematisch, wie es in der geschlossenen Anstalt immer der Fall ist.

Jugendkriminalität hängt meistens vom sozialen Umfeld abhängig...

Ganz richtig.

Kann es dann in bestimmten Situationen nicht auch sinnvoll sein, solche Jugendliche aus ihrer prekären Lage heraus zu holen, damit sie die Chance haben in einer anderen Umgebung ihren Schulabschluss zu machen?

Klar, ist das so. Aber dazu reichen die offenen Einrichtungen

vollkommen aus. Mit pädagogischem Geschick kann man dies auch in einer offenen Abteilung erreichen.

Wie bewerten Sie das bestehende pädagogische Angebot offener Konzepte?

Wovon ich wirklich nichts halte: das Exportieren von Problemen ins Ausland. In Deutschland werden seit einiger Zeit irgendwelche Segeltörns angeboten, Aufenthalte in Island oder in Südamerika. Das empfinde ich als reichlich anmaßend. Wir würden uns in Deutschland auch nicht gerade freuen, wenn rumänische Behörden auf die Ideen kämen, ihre besonders gefährlichen Jugendlichen nach Deutschland zu exportieren. Vor allem ist die Erfolgsquote auch sehr gering und zudem ist das Ganze teuer. Etwas anderes ist es bei offenen Heimen. Ich stelle immer wieder fest: Wenn es kleine überschaubare Einrichtungen sind mit intensiver Ansprache der Jugendlichen, dann läuft das gar nicht so schlecht.

Ähnlich wie in Luxemburg hat auch in Deutschland die Zahl jugendlicher Straftaten zugelegt ...

... sie ist seit 1998 nicht mehr gestiegen.

Im Zehnjahresrückblick schon.

Erfreulicherweise haben wir seit fünf Jahren einen Rückgang der Raubdelikte von Jugendlichen, wir haben keinen Anstieg bei Tötungs- oder Vergewaltigungsdelikten. Wir haben nur noch dort eine Zunahme der polizeilichen Daten, wo die Anzeigebereitschaft gestiegen ist, nämlich bei Körperverletzungsdelikten.

Vorfälle wie im niedersächsischen Hildesheim, wo Schüler über Monate hinweg einen Mitschüler vor laufender Kamera gequält haben, deuten also nicht auf eine neue Qualität der Gewalt unter Jugendlichen hin?

Dass es in Schulen Gewalt gibt, wussten wir vorher auch schon. Ab und zu interessiert sich halt auch die Öffentlichkeit dafür. Wir hatten ermittelt, dass 0,7 Prozent der Jugendlichen mehrfach pro Woche durch Mitschüler Opfer von Gewalt werden. Das ist nur ein drastischer Beleg, dass so etwas vorkommt, dass sie mehrfach pro Woche geschlagen werden. Diese Quote ist in den letzten Jahren relativ stabil geblieben. Neu ist nur, dass diese vier Männer auch noch Geld damit machen wollten.

In Deutschland gibt es Experten, die fordern, Bagatelldfälle bei Jugendlichen nicht mehr zu bestrafen. Was halten Sie von diesem Vorschlag?

Das ist mal vor zehn Jahren von irgendwelchen Traumtänzern vorgeschlagen worden. Nein, Jugendliche, die das Gesetz übertreten haben, brauchen immer eine vernünftige Reaktion. Man muss ihnen auf jeden Fall die Grenzen zeigen. Bei einem Täter-Opfer-Ausgleich kann man es bei einer Ermahnung oder einem Schadenersatz bewenden lassen. Fürs nächste Mal sollte man dem jugendlichen Täter dann aber empfindlichere Sanktionen androhen.

Interview: Felix Lee

Isolationshaft bei Jugendlichen

Zwölf Einzelzimmer sind für die geschlossene Abteilung im "Centre socio-éducatif de l'Etat" in Dreiborn vorgesehen. Wann sie kommen wird ist aber noch nicht klar. Die Chamber hat ihre Zustimmung für geschlossene Heimunterbringung noch nicht erteilt. Isoliert untergebracht werden können Jugendliche aber auch jetzt schon. Das "Règlement grand-ducal" vom 9.11.1992 sieht diese Form der Bestrafung bei Gewaltanwendung, bei Flucht oder sogar bei Haschisch-Konsum vor. Zeit der Isolationshaft: maximal 20 Tage.